Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/992
12.11.2009

Hauptausschuss

73. Sitzung (öffentlich)

12. November 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

hier: **Zu Einzelplan 02, Stichwort: Imagekampagne** (Anlage)

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 **8**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/9700 und 14/10190

Einzelplan 01 - Landtag **8**

Vorlage 14/2861

Der Ausschuss billigt den Entwurf des Einzelplans 01 mit den Stimmen aller Fraktionen.

Einzelplan 02 – Ministerpräsident **14**

Vorlagen 14/2800, 14/2824, 14/2862, 2957

Allgemeine Aussprache - Stichwort: „Imagekampagne“ (Anlagen 1 und 2) **14**

Einzelabstimmung über die Änderungsanträge (Anlage 3) **30**

zur lfd. Nr. 1 (Personalhaushalt) **30**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 2 (Personalhaushalt) **30**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 1 (Sachhaushalt) **30**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 2 (Sachhaushalt) **30**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 3 (Sachhaushalt) **30**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 4 (Sachhaushalt) **31**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 5 (Sachhaushalt) 31

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 6 (Sachhaushalt) 31

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 7 (Sachhaushalt) 31

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 8 (Sachhaushalt) 32

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 9 (Sachhaushalt) 32

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 10 (Sachhaushalt) 32

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

Gesamtabstimmung über den Einzelplan 02 32

Der Einzelplan 02 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen angenommen.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Nordrhein-Westfalen (Wahlkreisgesetz) 33

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10026

- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung) -

Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen.

3 Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ und des Landesmediengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LMG NRW) - 13. Rundfunkänderungsgesetz (Anlage) **34**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9393

- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung) -

Der Ausschuss billigt die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Antragstellerinnen gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen.

Anschließend stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen zu.

4 Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Nordrhein-Westfalen 43

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9955

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum. Er wird die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zur Kenntnis nehmen. Staatssekretär Brendel wird weitere Fragen zur schriftlichen Beantwortung erhalten.

5 Verschiedenes 45

a) Entwurf des 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrages 45

Vorlage 14/2883

b) Entwurf eines IT-Staatsvertrages 45

Vorlage 14/2895

c) Vorstellung der neuen Leitungen der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland 45

d) Reise des Hauptausschusses nach Brüssel am 11./12. Dezember 2009 auf Einladung des Benelux-Parlamentes 45

e) „Eltern-LAN“ 45

f) „TV-Lernsender“ 45

g) Zuordnung einer Übertragungskapazität für Rundfunk 46

Vorlage 14/2990

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

hier: **Zu Einzelplan 02, Stichwort: Imagekampagne** (Anlage)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erkundigt sich, ob sich unter den anwesenden Vertretern und Vertreterinnen der Staatskanzlei jemand qualifiziert zu dem Thema „Imagekampagne“ einschließlich der neueren Erkenntnisse, welches SPD und Grüne gleich im Zusammenhang mit dem Einzelplan 02 ansprechen wollten, äußern könne. Sollte dies nicht der Fall sein, fordere sie dazu auf, eine entsprechende Auskunftsperson hinzuzuholen. Und sollte der Ministerpräsident erreichbar sein, würde sie es begrüßen, wenn auch er käme und Stellung nehmen würde.

Nach Auffassung des **Vorsitzenden Werner Jostmeier** ist die Staatskanzlei sehr qualifiziert und hochkarätig vertreten, was aus seiner Sicht die Beantwortung jeder Frage gewährleiste, womit sich der von Sylvia Löhrmann vorgetragene Wunsch erledige. Im Übrigen könne er sich nicht erinnern, in 15 Jahren Mitgliedschaft im Hauptausschuss auch nur einmal den jeweiligen Ministerpräsidenten in diesem Gremium gesehen zu haben. - Kundige Geister hätten sie eben darauf hingewiesen, entgegnet **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)**, dass - allerdings vor der Zeit des Vorsitzenden und ihrer eigenen - Ministerpräsident Rau einer Sitzung des Hauptausschusses in Sachen „Kruzifix-Urteil“ beigewohnt habe.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/9700 und 14/10190

Vorsitzender Werner Jostmeier teilt mit, die Ergänzungsvorlage 14/10190 berühre nicht direkt die vom Hauptausschuss zu beratenden Einzelpläne.

Einzelplan 01 - Landtag

Vorlage 14/2861

Vorsitzender Werner Jostmeier weist auf die den Mitgliedern des Hauptausschusses vorliegenden zusätzlichen Erläuterungen sowie auf eine den Sprecherinnen und Sprechern und den Fraktionsführungen zugeleitete schriftliche Antwort der Frau Landtagspräsidentin hin.

Carina Gödecke (SPD) bestätigt die seitens ihrer Fraktion bereits in den vorangegangenen Beratungen verkündete Absicht, zum Einzelplan 01 keinen Änderungsantrag zu unterbreiten, verweist aber gleichzeitig auf die seinerzeit schon vorgetragenen Bedenken.

Stellung nehmen wolle sie jedoch zu der Antwort der Landtagspräsidentin auf ihre, Gödeckes, Frage aus der letzten Sitzung, wie sich der weitere Personalabbau perspektivisch auf das Haus und damit unter anderem auf die Serviceleistungen für die Abgeordneten auswirken werde.

Ihres Erachtens habe die Landtagspräsidentin mit ihrer Antwort in doppelter Weise eine Chance vertan:

Zum einen hätte sie in dem für „ihren“ Einzelplan zuständigen Fachausschuss persönlich die Entwicklung des Hauses darstellen können, zum anderen - dies bewerte sie als noch gravierender - wäre die Antwort eine Gelegenheit gewesen, die Entwicklungsperspektiven des Hauses aufzuzeigen. - Dies erachte sie als für den Ausschuss relativ inakzeptabel.

Lese man in der Antwort zwischen den Zeilen und fasse diese Aussagen zusammen, laute der Tenor: Zwar müsse Personal abgebaut werden, aber das werde man schon alles irgendwie wuppen, denn etliche Bedienstete gingen in den Ruhestand, andere in Altersteilzeit, und in welchen Bereichen Stellen abgebaut würden, lasse sich heute noch nicht spezifizieren.

Eine solche Spezifizierung aber habe sie, Gödecke, auch gar nicht erfragen, sondern die Möglichkeit eröffnen wollen, als Haus, als Landesgesetzgeber - auch mit Blick auf die Weiterentwicklung der Landtagsverwaltung insgesamt - seine eigenen Vorstellungen deutlich zu machen.

Der Verweis der Präsidentin darauf, dass sowohl im Präsidium als auch im Ältestenrat Personalentwicklung und Personalentwicklungsplanung immer wieder eine Rolle spielten, erscheine ihr wegen der Nichtöffentlichkeit der Sitzungen beider Gremien zwar löblich, aber nicht zielführend, denn weder die Abgeordneten noch die Öffentlichkeit erführen dadurch Details und Ergebnisse.

Aus den von ihr in der letzten Sitzung dargestellten Gründen und aus guter Tradition heraus erachte ihre Fraktion den Einzelplan 01 insgesamt für mit tragfähig, betreffend den Personalabbau allerdings nur unter allergrößten Bedenken, fehle es doch offenbar an einem Konzept für die Personalentwicklung und an eigenen Vorstellungen und einem entsprechenden Einsatz der Präsidentin in der Frage der Weiterentwicklung des Parlamentarismus auch über die finanzielle und die Stellensituation.

Ilka von Boeselager (CDU) will diesen Vorwurf gegenüber der Präsidentin so nicht im Raum stehenlassen und bezeichnet ihn als starken Tobak, gehe doch aus dem Brief nicht zuletzt unzweifelhaft die Absicht der Präsidentin hervor, die personalwirtschaftliche Sicht kurzfristig zu diskutieren. Der Ausschuss werde von der Frau Präsidentin sicherlich in Kürze weitere Informationen erhalten. Zudem werde die Präsidentin über das Ganze bestimmt mit ihrem Team beraten.

Da hier - ohne dass es neue Erkenntnisse gäbe - die gleiche Debatte laufe wie in der letzten Sitzung, erinnere er für die **FDP-**Fraktion an das schon Ausgeführte, meint **Ralf Witzel.**

Nach Ansicht der FDP-Landtagsfraktion wäre der Landtag nicht gut beraten, sich in Zeiten der Haushaltskonsolidierung, in denen auch auf anderen Feldern schmerzliche Einschnitte erfolgten, jedem Konsolidierungsbeitrag zu entziehen. Er würde seiner Vorbildfunktion nicht gerecht, erwartete er von anderen, auf die Haushaltslage zu reagieren, schlösse dies aber für sich selber als Parlament kategorisch aus.

Und bekanntlich zeige sich der in anderen Ressorts bei der Stellenerwirtschaftung aufgetretene Effekt hier in gemilderter Form. Im Vergleich zu den zunächst vom Finanzminister für den Landtag angedachten Einsparungen fielen die nunmehr vereinbarten und im Etatentwurf in Ansatz gebrachten geringer aus.

Eigentlich müsste die Opposition den Verzicht der Präsidentin auf eine stellenscharfe Ausbringung der kw-Vermerke und damit auf eine Aussage über die Organisation des Hauses nach Mai 2010 zum jetzigen Zeitpunkt in hohem Maße honorieren. Dieses Handeln zeige auch entsprechenden Respekt vor den Fraktionen. Diese übten außerdem, agierte die Präsidentin anders, sicherlich scharfe Kritik.

Als Fazit lasse sich mitnehmen: Vom Volumen her bewege sich der Stellenabbau in einem für das Haus absolut tragbaren und im Vergleich mit anderen Ressorts normalen Rahmen. Die Fachverwaltung schätze es als problemlos-realistisch ein, so vorgehen zu können. Diese Einschätzung decke sich auch mit der politischen Bewertung durch die FDP-Fraktion.

Nach Ansicht von **Carina Gödecke (SPD)** wolle man aufseiten von CDU und FDP nicht verstehen, denn sie habe weder davon gesprochen, den Einzelplan 01 von sämtlichen Kürzungen auszunehmen, noch eine stellenscharfe Kennzeichnung der einzusparenden Stellen angemahnt.

Ihrer Fraktion liege lediglich an einer Information über den bereits erfolgten Abbau von über 60 Stellen und dessen Auswirkungen und darüber, in welcher Weise sich der avisierte Abbau von 12 weiteren Stellen auf die Funktionsfähigkeit des Hauses auswirken werde, das heiße auch, wie man gedenke, die Aufgabenstellung dieses Hauses weiterzuentwickeln, wie man Personalentwicklungsplanung zu betreiben beabsichtige und wie man sich aus den Stellenreduzierungen ergebende Probleme in dem zuständigen Fachausschuss darlegen wolle.

Die Chance, dies im Ausschuss zu erläutern, habe die Präsidentin vertan. Stattdessen laute der Tenor ihres Briefes lapidar, man solle ihr nur glauben und vertrauen; sie werde es schon richten. - Dass die Opposition dies aufgrund etwas anderer Erfahrungen nicht tue, bitte sie ihr nachzusehen.

Lothar Hegemann (CDU) ist nicht nachvollziehbar, weshalb SPD und Grüne dieses Thema nach einer ähnlichen Debatte in der letzten Sitzung heute erneut aufgriffen.

Fakt sei: Die CDU/FDP-geführte Landesregierung habe nicht alle von SPD und Grünen beschlossenen Kürzungen, die viele in diesem Land zu spüren bekämen, zurückgenommen. Denn in einer solchen finanziellen Situation den Landtag zu verschonen - in Wahrheit meinten SPD und Grüne nämlich inzidenter: Sparen ja, aber nicht zulasten der Opposition -, dürfe nicht passieren.

Der Direktor als Vertreter der Präsidentin in der Verwaltung möge berichten, ob er konkrete Punkte sehe, die auf Erschwernisse für die parlamentarische Arbeit - insbesondere der Opposition - in den vergangenen Jahren hindeuteten und nicht mehr zumutbar erschienen und inwiefern über diesen Komplex im Präsidium mit der Präsidentin Diskussionen stattgefunden hätten.

Ralf Witzel (FDP) findet die Form der Auseinandersetzung über dieses Thema - auch angesichts der gründlichen Beschäftigung mit Sachnotwendigkeiten während der Vorbereitung des Haushaltsvoranschlages - schade.

Wenn diese Debatte hier jetzt aber Sitzung für Sitzung öffentlich ausgetragen werde, erinnere er ebenfalls hier an das ausdrückliche Angebot vonseiten der Koalitionsfraktionen, die Einsparungen im Einzelplan 01 durch Verzicht auf die Anhebung der Fraktionsfinanzen, sprich: auf entsprechende Zuwachsraten für die Fraktionsfinanzen in unmittelbarster eigener Angelegenheit, zu erwirtschaften, und die Ablehnung dieses Konsolidierungsbeitrages durch die Oppositionsfraktionen. Von daher gebe es nun Anhebungen für die Fraktionen in all den einschlägigen Bereichen. CDU und FDP hätten insofern jeden Konflikt vermieden, weil sie keine Diskussion mit dem Argument, die Umsetzung dieses Vorschlags machte es für die Opposition schwierig, ihrer Aufgabe nachzukommen, wollten. - Er erlaube sich an dieser Stelle auch noch den Hinweis auf die aktuellen, jüngst publizierten Abschlüsse, aus denen sich die fi-

nanzielle Situation der Fraktionen ergebe. Diese Daten ließen allerdings nicht gerade auf Notlagen schließen.

In anderen Bereichen könne man aber nicht genauso verfahren: Der Landtag müsse im Einzelplan 01 auch der Glaubwürdigkeit wegen ein Zeichen setzen, dass auch er bereit sei, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten und Verantwortung zu übernehmen. Schaue man sich die Kapitel des Einzelplans 01 im Detail an, werde man sehen, dass sich hier in Würdigung der Rolle der ersten Gewalt im Vergleich zu anderen Ressorts sehr wohl schon besondere Ausnahmen fänden. Aber sich jedem Beitrag zu entziehen, hielten die Regierungsfraktionen für einfach nicht richtig.

Wenn in dieser Frage ein Dissens bestehe, müsse er hier auch so festgestellt werden, auch wenn sich die Fraktionen ansonsten bemühten, nicht über längere Zeiträume kontrovers über die Strukturfragen in EP 01 zu diskutieren.

Außerdem erschließe sich ihm nicht, auf was die Frage von Carina Gödecke ziele, wenn sie andererseits keine stellenscharfen Kennzeichnungen und damit keine Vorentscheidung über die Struktur in den nächsten Jahren wünsche.

Etwas anderes gelte für die Daten der Vergangenheit: Solche - auch aus Organigrammen ablesbare - Daten, die die von Stellenabbau und Umsetzungen betroffenen Geschäftsbereiche und Referate erkennbar machten, werde die Landtagsverwaltung sicherlich zur Verfügung stellen können.

Wenn es um eine Prognose gehe, existierten insofern auch Gestaltungselemente, über die die Letztentscheidung völlig unabhängig davon, ob sich politisch an der Konstellation des Hauses etwas ändern werde oder nicht, einem neuen Parlament in der 15. Legislaturperiode nicht vorbehalten bleiben sollte.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) betont, es solle nicht die gleiche Debatte wie beim letzten Mal geführt werden. Gleichwohl unterstütze sie die kritischen Ausführungen von Carina Gödecke auch diesmal. Denn dieses Parlament habe - anders, als von Ralf Witzel vorgetragen - anlässlich schwieriger Haushaltslagen Beiträge erbracht, darunter die Verkleinerung des Parlaments, die Diätenreform - sie suche ihresgleichen und finde wohl nicht umsonst keine Nachahmer in den anderen Ländern oder im Bund - sowie Einschnitte im Stellenplan des Landtags. Letztere entsprächen insbesondere mit Blick auf den so wichtigen Komplex Europa nicht dem aus ihrer Sicht Notwendigen, um als Parlament dem Anspruch guten Regierens und guter parlamentarischer Arbeit gerecht werden zu können. Ein Vergleich dieses Vorgehens mit der stellenplanmäßigen Aufrüstung im Haushalt des Ministerpräsidenten bedürfe keiner weiteren Kommentierung.

Wenn die Regierungsfraktionen sich - wie so häufig - darauf beschränkten, das ihnen von der Landesregierung Präsentierte durchzuwinken, verstehe sie das aus deren Rollenverständnis heraus; den auf eine Legislative gerichteten Ansprüchen würden sie damit allerdings nicht gerecht.

Edgar Moron (SPD) will sich an dem streitigen Dialog nicht beteiligen, sondern nur anmerken:

Der Landtag habe sich zu keiner Zeit - anderes sei auch von keiner Fraktion je gefordert noch vom Präsidium betrieben worden - einer Mitwirkung an Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen verweigert. Wer dies unterstelle, sage schlicht die Unwahrheit.

Allerdings habe das Präsidium sehr oft darüber nachgedacht, ob die vereinbarten Kürzungen auf dem Personalsektor nicht möglicherweise zu Störungen im Bereich der Serviceleistungen der Mitarbeiter des Parlaments für die Abgeordneten führen würden. Habe die diesbezügliche Überlegung des Präsidiums mit einem Nein geendet, habe man den Kürzungen auch zugestimmt.

Mit der Personalreduzierung einher gingen zusätzliche Anforderungen an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landtagsverwaltung, denke man nur an die Europapolitik: Dafür brauche das Parlament zusätzliches, und zwar qualifiziertes Personal.

Die beiden Bestrebungen kollidierten natürlich miteinander. In diesem Spannungsverhältnis stehe jedoch jedes Ministerium, ständen Staatskanzlei und auch Parlament. Bis jetzt habe man das Ganze im Präsidium sehr gut geregelt, habe sehr oft über die Grenzen diskutiert und dann auch klar erklärt, dass an dieser und jener Stelle Schluss sei und man dem Finanzminister ein Mehr nicht zubilligen werde.

Er hoffe, dass irgendwann der Punkt kommen werde, an dem das Parlament nicht immer noch weiteres Personal werde abbauen müssen, weil ein so großes Parlament wie das nordrhein-westfälische einer bestimmten Menge an Zuarbeit einfach zwingend bedürfe. Abzuwarten bleibe zudem, was die nächste Landtagswahl in Bezug auf Überhang- und Ausgleichsmandate und von daher die Größe des Parlaments bringen werde; eine steigende Zahl von Abgeordneten jedenfalls bedinge auch ein Plus an notwendiger Zuarbeit. Dies funktioniere nicht mit weniger - hoffentlich mit genausoviel, vielleicht aber auch nur mit mehr - Personal. Das werde sich zeigen und dann entschieden werden müssen.

Der Blick in die Zukunft sollte schon ein wenig kritisch sein, denn in Sachen Personal habe man inzwischen eine kritische Grenze erreicht; werde diese überschritten, werde es mit den Serviceleistungen für die Abgeordneten nicht in allen, aber in einigen Bereichen sehr schwierig.

Er empfehle, die Debatte hier heute nicht zu übertreiben. Denn das im Entwurf Enthaltene beruhe auf einer Vereinbarung der Fraktionen, die dann immer auch alle den Einzelplan 01 getragen hätten. Dabei sollte es auch bleiben.

Ralf Witzel (FDP) schließt sich dem Appell seines Vorredners ausdrücklich an, sich auf das zwischen den Fraktionen Verabredete einzulassen.

Es wäre aus heutiger Sicht nicht sinnvoll, die zukünftige Entwicklung nicht aufmerksam zu beobachten und für die nächsten Jahre einfach weitere Maßnahmen - ausgenommen die schon ausgehandelten - vorzusehen. Das aber beabsichtigten Landesregierung und Koalitionsfraktionen auch gar nicht.

Er werte es als Gegenleistung für das in der Finanzplanung Verabredete, dass der Landtag für die nächsten Jahre über einen Fahrplan verfüge, für den - von allen vier

Fraktionen so gesehen - gelte: Bis hierhin und nicht weiter. Auf diese Planungssicherheit sollte man sich berufen.

Ohne Zweifel gebe es neue Anforderungen und Aufgaben. Der Ausbau des Bereiches Europa finde deshalb bei der Stellensituation Berücksichtigung. Auf der anderen Seite ständen dem Erwirtschaftungspotenziale gegenüber. Nehme man sich etwa strukturell vor, in der neuen Legislaturperiode papierreduziert zu arbeiten - entsprechende Verabredungen existierten; über Details, über den Umfang und an welcher Stelle, müsse noch gesprochen werden -, werde zukünftig erheblich weniger Papier umgedruckt - mit in der Konsequenz Einsparungen in einigen Bereichen.

Auch er plädiere für ein Ende der - nicht von seiner Fraktion initiierten - Diskussion hier und dafür, der im Kern verabredeten und im Entwurf niedergelegten Linie zu folgen.

Der **Direktor beim Landtag, Peter Jeromin,** charakterisiert - in Erwiderung auf die Frage von Lothar Hegemann - den Haushaltsaufstellungsprozess als sehr vielschichtig. Dies schließe ein Besprechen der hier in Rede stehenden Fragen in mehreren Etappen ein.

Was die Vergangenheit anbelange, habe der Landtag von 2005 bis 2010 rund 60 Stellen abzubauen bzw. abzubauen gehabt. Käme es dabei zu Einschränkungen bei den Dienstleistungen, könne eine Landtagsverwaltung dies natürlich nicht als unabwendbar hinnehmen, sondern müsse in vielerlei Gremien viele Gespräche führen. Denn wie in allen Behörden gestalte sich der Einsparungsprozess auch in der Landtagsverwaltung als nicht einfach.

Das Haus habe sich seinerzeit entschieden, die Zahl der Abteilungen von drei auf zwei und die der Referate von 18 auf 14 zu reduzieren; das Ausschöpfen von Rationalisierungsmöglichkeiten sei selbstverständlich. Dies könne man in einem bestimmten Maße tun. So habe man im Haussicherungs- und Empfangsdienst die Stammbelegschaft reduziert und arbeite mit externen Kräften. Ähnliches gelte für das IT-Management.

In Zukunft werde man genauso verfahren wie in der Vergangenheit, nämlich jeden einzelnen Schritt besprechen. Von daher erweise es sich als nicht möglich, heute schon etwa für das Jahr 2014 bestimmte Veränderungsnotwendigkeiten und -machbarkeiten zu prognostizieren.

Als ein Beispiel nenne er aus dem Konzept „papierarmer Landtag“ nur die Frage danach, die Presseschau weiterhin zu drucken oder nur elektronisch zur Verfügung zu stellen. Um dies zu entscheiden, bedürfe es des Gesprächs mit den politischen Gremien.

Wolfram Kuschke (SPD) greift die Einlassung von Ilka von Boeselager auf, in Kürze werde der Ausschuss das Gespräch mit der Präsidentin führen. Daraus schließe er, dass auch die CDU-Fraktion den Wunsch danach hege.

Er bitte den Vorsitzenden deshalb, im Sinne dieses Gedankens ein solches Gespräch - über den Tag hinaus und jenseits der Haushaltsberatungen - mit der Präsidentin zu vereinbaren.

Vorsitzender Werner Jostmeier ergänzt mit dem Hinweis auf eine vor den Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres an die vier Fraktionssprecher und ihn ergangene Einladung der Präsidentin, um von ihr zu erfahren, dass sie, um den Landtag europafähig zu machen, den Bereich Europapolitik im Haushalt aufstocken werde und das Gespräch weiterführen wolle - ein Angebot, das man in den nächsten Wochen wahrnehmen sollte.

Der Ausschuss billigt den Entwurf des Einzelplans 01 mit den Stimmen aller Fraktionen.

Einzelplan 02 – Ministerpräsident

Vorlagen 14/2800, 14/2824, 14/2862, 2957

Allgemeine Aussprache - Stichwort: „Imagekampagne“ (Anlagen 1 und 2)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Wie wichtig die Presseschau des Landtags *(s. Anlage 1)* ist, das haben wir alle gestern zu spüren bekommen: Interessanterweise nämlich ist ein Artikel aus den „Aachener Nachrichten“ von gestern auf S. 3 der Presseschau des Landtags vollständig abgedruckt, während die beiden wichtigen Passagen mit der Überschrift „Ein Dementi und eine Rüttgers-Notiz“ in der Presseschau der Landesregierung *(s. Anlage 2)* fehlen, was erhebliche Auswirkungen auf die Vorbereitung zum Beispiel der heutigen Sitzung hatte. - Ich bitte zu erläutern, warum diese Passagen in der Presseschau der Landesregierung nicht enthalten sind.

Zum Zweiten. Wir haben im Hauptausschuss mehrfach über die Imagekampagne gesprochen. Ich will einige Daten in Erinnerung rufen:

Am 15.06.2005 hat Herr Rüttgers die Vorlage Außendarstellung bekommen. Diese Vorlage hat der Ministerpräsident mit der Anmerkung versehen - ich zitiere -: Sehr gute Arbeit, vielen Dank.

Am 20.10.2005 haben wir darüber hier im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde diskutiert. Der damalige Regierungssprecher hat alles abgestritten und verkündet, es gehe um eine Standortkampagne und nicht um eine Imagekampagne; es gehe um NRW-Tage und dergleichen; das alles sei wichtig für das Land und nicht für den Ministerpräsidenten.

In der Hauptausschusssitzung am 26.01.2006 hieß es, es seien mehrere Vorschläge nicht weiterverfolgt worden.

Dazu muss man anmerken, dass viele der in dieser Imagekampagne formulierten Vorschläge gleichwohl durchgeführt worden sind: Bewundern können wir das Forum

auf dem Petersberg, die Brauweiler-Gespräche sowie die Hall of Fame, und die Johannes-Rau-Gespräche gibt es auch. Gleichwohl wurde gesagt - ich zitiere -: Eine Imagekampagne stand nie zur Debatte.

Laut Minister Breuer hatte Herr Rüttgers die damals in Rede stehende Mappe - uns wurde sie nie vollständig zur Verfügung gestellt - direkt vom Abteilungsleiter III erhalten. Die Abkürzung des Dienstweges sei bei eiligen Vorbereitungen üblich; die anderen Abteilungsleiter hätten ihre Paraphen dann beim Rücklauf angebracht.

In Sondersitzungen und auch im Plenum haben wir im Weiteren - auch anhand von Mündlichen Fragen des Kollegen Vesper und der Kollegin Gödecke - darüber diskutiert.

Plenum am 15.12.2005: Rüttgers lobt die Vorschläge; zum Teil seien sie ja auch schon in die Arbeit eingeflossen.

Am 01.01.2006 erklärt Ministerpräsident Rüttgers in der „Welt“ zum Thema Imagekampagne - wörtliches Zitat -: Das habe ich abgelehnt. Wir machen eben keine Millionen-Kampagne, während wir überall sparen müssen.

Wir haben dann auch noch diverse Kleine Anfragen zu diesem Themenkomplex gestellt.

Ich verweise auf die Antwort der Landesregierung auf eine von mir gestellte Kleine Anfrage vom 27.03.2007. Darin heißt es wörtlich: „Die Staatskanzlei hat weder Planungen noch Beauftragungen für eine ‚Imagekampagne des Ministerpräsidenten’ vorgenommen.“ - Es wurde also schwarz auf weiß zurückgewiesen, dass es eine Imagekampagne gibt.

Nun komme ich auf den Bericht in den „Aachener Nachrichten“ vom 11.11.2009 zurück, in dem es in der Zusatzpassage, die in der regierungsamtlichen Presseschau eben nicht zu finden ist, wörtlich heißt:

„Ein Dementi und eine Rüttgers-Notiz. Die Staatskanzlei wies die SPD-Vorwürfe zurück. Die jährlichen Repräsentationskosten lägen stabil bei 1,5 Millionen € und dienten - Zitat - der Landesidentität’. Eine ‚Imagekampagne’ für den Ministerpräsidenten habe es nie gegeben, versicherte ein Sprecher.

Den ‚Nachrichten’ liegt jedoch die Ablichtung einer handschriftlichen Rüttgers-Notiz über seine Regierungsplanung für die ersten sieben Monate nach seiner Amtsübernahme in der Düsseldorfer Staatskanzlei vor. Dort notiert der Ministerpräsident in dem Zeitraum Dezember 2005/Januar 2006 in kleiner krakeliger Schrift: ‚Imagekampagne’.“ - Ich hätte gerne Aufklärung über diesen Sachverhalt.

Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke: Es ist richtig, dass es zu dem Artikel in den „Aachener Nachrichten“ zwei kleine Zusätze gab, die in der gestrigen Presseschau der Landesregierung fehlten. - Ich bedaure das außerordentlich.

Und es ist richtig, dass dieses Fehlen Bedeutung für Ihre Ankündigung zu der heutigen Hauptausschusssitzung hatte.

Das Ganze beruht - so wurde mir erklärt - auf einem technischen Hintergrund: Für die Presseschau werden die Artikel elektronisch zur Verfügung gestellt und stehen nicht in einem direkten Zusammenhang als ein File. - Wir werden uns größte Mühe geben und - so hoffe ich - sicherstellen können, dass so etwas in Zukunft nicht mehr passiert. Auch der Regierungssprecher ist hier alert.

Ihre Irritation kann ich verstehen. Da allerdings auch unser Dementi fehlt, sind wir sogar Mitbetroffene. Das spricht nur für meine Motivation, so etwas in Zukunft zu vermeiden. Den Lapsus bedauere ich und bitte um Verzeihung.

Der Artikel in Gänze findet sich in der heutigen Presseschau der Landesregierung.

Zum Inhaltlichen Folgendes: Der in den „Aachener Nachrichten“ angesprochene Vermerk liegt in der Staatskanzlei nicht vor. Ich habe seit Veröffentlichung dieses Hinweises danach sehen lassen. Von daher kann ich mich jetzt zu diesem Vermerk qualitativ nicht äußern.

Äußern möchte ich mich aber zu dem, was berichtet wird, Frau Löhrmann, und zu Ihrer Qualifizierung, dass dann, wenn es diese Notiz so gäbe - ich zweifle nicht daran, dass, wenn so etwas berichtet wird, eine solche Ablichtung mit kleiner krakeliger Schrift und dem Wort „Imagekampagne“ auch vorliegt -, eine neue Dimension der Diskussion erreicht wäre.

Das vermag ich beim besten Willen nicht zu erkennen. Denn wenn der Ministerpräsident einzig das Wort „Imagekampagne“ zu Papier bringt, ist das noch keine Imagekampagne <u>für</u> den Ministerpräsidenten. Ihnen allen ist unsere ständige Auseinandersetzung um die Qualifizierung dessen, was Imagekampagne ist, bekannt. Sie verwenden die Deutung „Imagekampagne für den Ministerpräsidenten“, ohne dass dafür irgendein Beleg für die hier angesprochene Zeit - es handelt sich ja offenbar um ein Planungsdokument, welches die Zeit der ersten sieben Monate nach Regierungsantritt 2005 angeht - vorläge. Weder für diese Zeit noch für die Folgezeit kann ich eine Imagekampagne des Ministerpräsidenten feststellen.

Es gab allerdings in der Tat - und dahinter steht der Ministerpräsident, steht die Landesregierung - verschiedene Maßnahmen die Landesidentität und das Image des Landes betreffend, die teilweise <u>sehr</u> erfolgreich verlaufen sind und insofern auch auf die Landesregierung und den Ministerpräsidenten zurückfallen, mit diesen identifiziert werden. Nur: Das ist von der Zielrichtung her keine Imagekampagne <u>für</u> den Ministerpräsidenten, wie Sie es insinuieren.

Die Notiz, die „Rüttgers-Notiz“ - vielleicht bekomme ich ja noch Gelegenheit, selbst die Ablichtung zu prüfen -, könnte der Ministerpräsident sogar auf seinem Redemanuskript - Sie haben die Plenarsitzung vom 15. Dezember 2005, glaube ich, nicht erwähnt - angebracht haben, denn da hat er vor dem Plenum dieses Hohen Hauses gesagt - Sie gestatten, Herr Vorsitzender, ich zitiere -: „Natürlich geht es um das Image. Es geht ... um das Image des Landes.“

Und er sagte ferner: „Ich bin an einer Vielzahl von Kampagnen beteiligt. Ich führe zum Beispiel in den nächsten Monaten eine Kampagne für mehr Lehrstellen weiter.“

Und er nennt weitere Dinge, die mit Kampagne zu tun haben.

Also: Imagekampagne ist ein Gegenstand, ist ein Begriff, zu dem sich der Ministerpräsident in dem Zusammenhang auch bekannt hat, jedoch in einer Deutung, die eine andere ist als die Ihre. Und ich stelle fest, dass es bislang keinen Beleg dafür gibt, der Ihre Deutung unterstützte.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Staatssekretär, ich glaube, dass zwei Dinge dafür sprechen, dass es diesen Zusammenhang, den Sie gerade noch einmal in Abrede gestellt haben, doch gibt.

Der erste ist ein aktueller, den wir nachher bei unseren Änderungsanträgen auch noch einmal aufgreifen werden. Es ist ja nicht in Abrede zu stellen, dass es sinnvoll ist, wenn sich eine Regierung Gedanken über die Zukunft macht. Stichworte: Zukunftskommission und Zukunftskonferenz.

Aber wenn das darauf hinausläuft - wir werden das ja diskutieren, wenn der Ministerpräsident wie angekündigt eine Regierungserklärung dazu vorlegt –, dass eine der zentralen Veranstaltungen wenige Wochen vor den Landtagswahlen stattfindet: Ja mein Gott, für wie dumm hält man die Abgeordneten und die Öffentlichkeit eigentlich, wenn bei ihnen nicht zwangsläufig der Eindruck entstehen müsste, es handelte sich um etwas mehr als nur die Verkörperung und die Darstellung von Landesidentität; von den anderen Rahmenbedingungen, was die Kosten anbelangt, ganz zu schweigen.

Der zweite Punkt bezieht sich zeitlich gesehen auf die Entstehung dieses Vermerks. Ich weiß nicht, wie wir das Problem lösen: vielleicht über eine Handschriftprobe kalligrafisch oder indem jemand von Ihnen, der die Schrift des Ministerpräsidenten häufig liest, die Gelegenheit nimmt, auf die Ablichtung zu gucken und sie als seine zu identifizieren oder nicht. Ich habe keinen Grund, an der gestrigen Aussage zu zweifeln, dass es diese Ablichtung gibt, dass es die Handschrift des Ministerpräsidenten ist.

In dem vom Ministerpräsidenten selbst in diesem Dokument entworfenen Tableau sind natürlich die von Ihnen angesprochenen Bereiche - Lehrstellen, Ausbildung, Schulgesetz, RVR-Gesetz, was auch immer - aufgelistet. Aber fein säuberlich davon abgesetzt findet man ebenso „Imagekampagne“, „Landesgeburtstagskampagne“ und „Fußballweltmeisterschaft“.

Dazu sage ich das, was ich bereits beim ersten Punkt gesagt habe: Bei allem Glauben an Aufrichtigkeit: Irgendwo stößt dieser Glaube auch an seine Grenze, denn es liegt die Vermutung nahe, dass es in der Tat um das geht, was wir damals insinuiert haben, nämlich eine Kampagne, die über die Herstellung von Landesidentität eindeutig hinausreicht.

Und so sind wir dann wieder bei der schon 2005 geführten Debatte. Wir haben damals darstellen können, dass wir eine sich mit Landesidentität und vielen anderen Dingen beschäftigende Kampagne angestrebt hatten. Die Opposition hat uns seinerzeit aber vorgeworfen: Nein, ihr wollt eine Imagekampagne zu euren Gunsten, zugunsten des Ministerpräsidenten, zugunsten der regierungstragenden Fraktionen usw.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

- Herr Kollege Hegemann, damit, dass der Vorwurf jetzt umgekehrt kommt, müssen Sie sich auf Ihre alten Tagen schon noch auseinandersetzen. Dieser Diskussion müssen Sie sich stellen. Aber Sie sind ja flexibel genug. Das schätzen wir an Ihnen.

Markus Töns (SPD): Der eine Aspekt, auf den ich Bezug nehmen möchte, ist, Herr Staatssekretär, Ihre vorhin getätigte Aussage, die vom Abteilungsleiter III geschriebene Imagekampagne sei im Dezember vom Ministerpräsidenten ausdrücklich als nicht durchführbar betrachtet worden.

(Minister Andreas Krautscheid: Dazu hat er keinen Ton gesagt!)

- Sie haben sich aber auf die Imagekampagne und auf die Debatte am 15. Dezember 2005 im Plenum bezogen.

Ich zitiere aus dem Protokoll. Danach hat der Ministerpräsident ausdrücklich erklärt: „Wenn es Sie unbedingt interessiert, Frau Löhrmann, sage ich Ihnen, was ich auf diesen Vermerk geschrieben habe“ - gemeint ist die Imagekampagne -: „’An alle Mitarbeiter dieser Vorlage: Sehr gute Arbeit, vielen Dank!’“

Bei Ihren Problemen, die Vorlage oder die Aktennotiz des Ministerpräsidenten zu finden, können wir Ihnen gerne helfen. Ich stelle Ihnen gerne ein Exemplar zur Verfügung. Dann können Sie prüfen, ob das die Handschrift des Ministerpräsidenten ist. Ich habe keinen Zweifel daran.

Dieser Vermerk des Ministerpräsidenten bezieht sich eindeutig schon auf die Monate Januar und Februar und auf das noch laufende Jahr 2005. Wenn dann Mitte Dezember gesagt wird, man machte keine Imagekampagne, das sei zwar eine schöne Idee, aber man wolle das nicht, man habe es sich - wahrscheinlich auf Druck der Opposition - überlegt, andererseits aber auf einem internen Vermerk des Ministerpräsidenten deutlich zu lesen ist, dass es eine Imagekampagne gibt, dann müssen Sie diesen Widerspruch schon auflösen.

Wenn es eine Imagekampagne gibt, würde ich gerne Zahlen dazu hören. In der ursprünglichen, von Ihnen - wie Frau Löhrmann angemerkt hat - nie offiziell vorgelegten Fassung standen, wenn ich mich richtig erinnere, 17 Millionen €. Sind die verausgabt worden? Wie viel ist verausgabt worden? 15, 20 Millionen? Können wir dazu etwas hören?

Und ich rechne in diesen Bereich ausdrücklich mehr als die 1,5 Millionen € jährlich für Repräsentationspflichten hinein. Dazu zählt auch ein Haushaltsansatz von 800.000 €, den wir heute bei den Haushaltsanträgen diskutieren werden.

Und wenn eine Veranstaltung wie Petersberger Convention im März stattfindet, man sie als Veranstaltung im Rahmen von externer Beratung und Fachkenntnis, die sich Ministerpräsident und Landesregierung aneignen wollen, veranschlagt und das Ganze in der CDU-Postille abgefeiert wird nach dem Motto: „Jetzt wollen wir doch mal sehen, wie toll die Landesregierung und unser Ministerpräsident sind!“, dann zähle ich das eindeutig zu einer Imagekampagne.

Es geht darum, das Image des Ministerpräsidenten aufzupolieren. Nichts anderes ist das.

Und wenn Sie dann auch noch planen, diese Veranstaltung zu wiederholen, was schon an sich ein Skandal ist - man muss nicht mit 1.000 Leuten auf dem Petersberg zusammenkommen, wenn man sich extern durch Fachpersonal beraten lassen will; man kann das deutlich günstiger und auch explizit besser machen als mit solch einer Veranstaltung mit rein plakativem Charakter -, dann - das garantiere ich Ihnen - kann es nun wirklich nicht sein, dass Sie sie - die vom Ministerpräsidenten persönlich unterschriebenen Einladungen sind ja, wie ich gehört habe, schon raus - für den 11. und 12. März nächsten Jahres ansetzen. - Das ist ein Skandal.

Und jetzt koppeln Sie auch noch die Campus-Veranstaltung ab, um das Ganze zweimal abzufeiern nach dem Motto: „Das machen wird dann im Wahlkampf!“, und das innerhalb der Dreimonatsfrist. - Ich finde, diesen Skandal sollten Sie sich lieber ersparen.

Wir werden heute beantragen, den entsprechenden Haushaltsansatz deutlich zu kürzen, weil wir glauben, dass man da mit weniger Geld mehr erreichen kann, und da geht es dann natürlich nicht um das Image des Ministerpräsidenten in Wahlkampfzeiten.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Beneke, zu Ihren treuen Aussagen: Damit hat es immer ganz gut funktioniert, aber der 11.11. war gestern. So viel rheinisches Naturell hatte ich Ihnen wirklich gar nicht zugetraut. In Ihren Ausführungen wird nämlich die Vernebelung fortgesetzt.

Ich erinnere noch einmal daran, über was wir seinerzeit alles gesprochen haben. Wir haben ja nicht nur über Logo und Veranstaltungen gesprochen, sondern dieses Papier damals enthielt auch konkrete Regieanweisungen, nach denen angestrebt werden sollte, dass der Ministerpräsident in Veranstaltungen in das Protokoll hinein- und wieder hinausspringt, um besonders locker zu wirken. Solche konkreten Regieanweisungen gab es. Das hatte Kollege Vesper seinerzeit rheinisch im Parlament auch vorgetragen.

Ich erinnere an das Kinderforum, wo es genaueste dezidierte Planungen gab, damit der Ministerpräsident im direkten Kontakt mit Kindern nur ja keinen Fehler macht.

Jetzt zu behaupten, das seien alles Fragestellungen, die sich ausschließlich auf die Politik und die Darstellung Nordrhein-Westfalens bezögen, halte ich für schlichtweg lächerlich. Anders kann ich das wirklich nicht mehr bezeichnen.

In dieses Bild passt auch - wir haben natürlich noch mehr Unterlagen recherchiert; mit Blick auf die Fortdauer der Sitzung habe ich das nicht alles direkt am Anfang angeführt -, wie seitens der Staatskanzlei und ausdrücklich auch des Ministerpräsidenten mit dem Parlament zum Teil umgegangen worden ist, wenn es darum ging, dass er Vorlagen ja auch gegengezeichnet hat.

Beispielsweise antwortet er auf die Frage in meiner Kleinen Anfrage vom 10.02.2006, „Welche Aussagen des ‚Berger-Papiers’ meint Ministerpräsident Rüttgers, wenn er von einem ‚großen Papier’ spricht?“: „Meine Aussage bezog sich auf den Umfang der Vorlage.“- Solche Sachen sind doch schlicht und ergreifend lächer-

lich, und es wird deutlich: Da ist zwar nicht gelogen, aber versucht worden, einen Eindruck zu vertuschen und zu verschleiern, um was es hier geht.

Zu einem aktuelleren Vorgang. Sie haben hier in der - ich glaube - vorletzten Sitzung versucht, Vorhaltungen zurückzuweisen, als es um die Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit bezogen auf die Arbeit des Abteilungsleiters III ging. Ich zitiere aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 25.09.2009:

„Schon wenige Monate nach Amtsübernahme hatte ein CDU-Spitzenfunktionär am Rande einer Landesvorstandssitzung besorgt vor den Praktiken des Rüttgers-Beraters gewarnt: ‚Der Berger bringt den Rüttgers noch mal um.’ Doch in der Staatskanzlei kann der Regierungsplaner offenkundig nach eigenem Gusto schalten und walten. Bereits Anfang 2006 war Berger politisch in Bedrängnis geraten, als bekannt geworden war, dass er mit Blick auf den NRW-Landtagswahlkampf 2010 für den Ministerpräsidenten eine millionenschwere ‚Image-Kampagne’ geplant hatte. Rüttgers hatte solche Pläne dementiert. Lustvoll attackierte die Opposition die Regierung wegen widersprüchlicher Aussagen. Daraufhin, so erinnern sich Gesprächsteilnehmer, habe Berger bei einem montäglichen Jour fixe im Januar 2006 im Büro des Chefs der Staatskanzlei die Contenance verloren und geschrien: ‚Nicht ich lüge, der Ministerpräsident lügt!’“

Ich hatte Sie darauf schon einmal angesprochen. Sie hatten gesagt, Sie hätten sich im Umfeld erkundigt und hätten niemanden gefunden, der dieses so bestätigt habe.

Das alles wirft vor dem Hintergrund der neueren Informationen und des Vermerks, den Herr Töns offensichtlich hat und der in der Presse zitiert worden ist, ein neues Licht auf die ganzen Umstände. Deshalb möchte ich Sie noch einmal fragen, ob Sie an Ihrer Aussage von damals festhalten, dass das - und darüber reden wir jetzt: über den Haushalt der Staatskanzlei und die Arbeit der Staatskanzlei -, alles in Ordnung sei.

Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid: Zunächst einmal, Frau Löhrmann: Das, was Sie eben gesagt haben, liegt eigentlich deutlich unter Ihrer normalen intellektuellen Flughöhe. - Ich habe die - auch eben wieder von Ihnen aufgegriffenen - Formulierungen aus den Zeitungen in der Fragestunde sehr dezidiert kommentiert. Und die gerade von Ihnen erwähnten Worte nach dem Motto, ich hätte gesagt, das wäre alles in Ordnung, sind zu keinem Zeitpunkt gefallen. Lesen Sie das Protokoll der Fragestunde, und Sie wissen, dass Sie jetzt hier etwas anderes vorgetragen haben als das, was ich damals ausgeführt habe.

Zu den einzelnen Punkten.

Das, was wir hier und jetzt erleben - und das finde ich eigentlich ein bisschen enttäuschend, aber vielleicht ist da mein Anspruch falsch -, ist Ihr Hauptbeitrag zum schwierigen Haushalt des Jahres 2010, den wir im Moment diskutieren. Und was wir jetzt lernen, Frau Löhrmann und Herr Töns, ist: Manchmal kann auch ein Zettel ein Strohhalm sein. Das ist das, was wir jetzt gerade erleben. Sie versuchen mit jeder noch so kleinen Nuance, eine Story am Leben zu erhalten, die Sie seit drei, vier Jah-

ren versuchen zu strecken. Es ist ein einfacher Trick, etwas zu behaupten, auf dass die Zeitungen es schreiben, und dann die Zeitungen als Beweis dafür zu zitieren, dass es richtig war.

Es gibt mehrere gute und sehr nachvollziehbare Fakten, warum man sagen und voller Überzeugung nach wie vor auch präsentieren kann: Es hat nie eine auf den Ministerpräsidenten abzielende und abgestellte Imagekampagne gegeben, und es gibt sie auch nicht. Was es gibt - und dazu stehen wir -, sind Aktivitäten der Landesregierung - teils mit, teils ohne Ministerpräsident -, die - auch mit Veranstaltungen - dazu dienen, dieses Land nach außen darzustellen.

Ich will auf ein paar Punkte eingehen, die Sie kritisieren, um zu zeigen, wie auch erbärmlich Ihre Kritik teilweise ist.

Sie kritisieren unseren Ansatz für die Kosten bei der Übergabe des Staatspreises. - In den letzten Jahren habe ich mich in dieser Sache sehr engagiert. Natürlich kann man die Übergabe des wichtigsten Preises, der wichtigsten Auszeichnung dieses großen Bundeslandes - zum Beispiel im letzten Jahr an drei Regierungschefs benachbarter Länder: an den Ministerpräsidenten von Belgien, den der Niederlande und von Luxemburg - bei Mettbrötchen und Zwiebelringen in der Staatskanzlei zelebrieren. Wir halten das aber nicht für angemessen, um es klar zu sagen.

Und wenn dieser Preis in diesem Jahr - eine große Ehre auch für dieses Land und für alle, die ein bisschen europäisch ticken - dem neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, von uns überreicht wird - übrigens an jemanden, der aus unserer Partnerregion Schlesien, aus Kattowitz, kommt und ein großer Freund Nordrhein-Westfalens ist -, dann halte ich die Kosten, die wir dafür auf dem Petersberg verursachen, für völlig angemessen.

Ein zweiter Punkt als Beispiel dafür, wie schnell Sie die Position räumen: Vor zwei, drei Jahren haben Sie bei den Haushaltsberatungen noch wüst über unsere Absicht gewettert, in der Nachfolge des Landesjubiläums jedes Jahr einen großen Nordrhein-Westfalen-Tag durchzuführen. Das war - so Ihre Einlassungen am Anfang - völlig falsch. Das war für Sie damals eine Fete für den Ministerpräsidenten; das passte alles in Ihr Konzept zu der Story „Imagekampagne“. Das Problem ist inzwischen nur: Jedes Jahr werden diese Veranstaltungen von 600.000 bis 700.000 Leute besucht, und dagegen kann man schlecht anstänkern. Also haben Sie diese Kritik heute aus Ihrer Liste gestrichen. Letztes Jahr war das noch falsch, dieses Jahr ist es richtig.

Weiteres Beispiel: Reden Sie doch auch einmal mit den politisch Ihnen nahestehenden Mitgliedern der Zukunftskommission. Sie haben doch von Herrn Beneke die Auflistung bekommen, was alles an Arbeit in dem entsprechenden Ansatz steckt. Das ist nicht nur die eine Konferenz, sondern es sind acht Plenarsitzungen, Arbeitsgruppentreffen, Klausurtagungen, Kongress, Podiumsdiskussionen, die Campus-Veranstaltung mit Studenten usw. usw.

Das Kabinett hat in der letzten Woche erstmals gemäß dem Konzept der Zukunftskommission mit der Zukunftskommission zusammen getagt. Und die dringende Bitte der Kommissionsmitglieder lautete: Jetzt hört nicht auf, dann war es für die Galerie!

Macht weiter, macht weiter Veranstaltungen, diskutiert weiter unsere Themen! - Also ist es doch richtig, wenn wir das auch weiter im Haushalt abbilden.

Und deswegen: Wer die Arbeit dieser Zukunftskommission richtig versteht, der wird es auch völlig nachvollziehbar finden, dass wir damit, wenn auch mit einem etwas geringeren Ansatz, auch in das nächste Jahr gehen.

Zur Petersberger Convention: Die Landesregierung steht da nicht in der ersten Reihe. Kämen Sie öfter zu diesen Veranstaltungen, würden Sie merken, dass wir uns dort eher als Zuhörer, als Objekt von Beratung und Erklärung verstehen, wenn wir externe Sachverständige einladen, um aktuelle Themen zu diskutieren. Insofern ist die Verortung im Landeshaushalt unter dem Stichwort „Beratung“ völlig richtig. Das hat nichts mit Repräsentation zu tun.

Frau Löhrmann, wenn Sie in einem Seitenschlenker Herrn Vesper mit seiner damaligen Intervention zitieren: Herr Vesper könnte uns heute, wenn ich seinen aktuellen Job und Lebenswandel richtig beobachte, einiges zu Hochglanzrepräsentationen erzählen. - Davon sind wir weit weg, glaube ich.

Was die Kosten der laufenden - ich sage ganz bewusst: - Imagekampagne für das Land betrifft, können Sie die selbstverständlich vom insofern federführenden MWME erfahren.

Sie führen jetzt alles aus den letzten drei, vier Jahren zusammen, um die Story am Leben zu erhalten. Sie war am ersten Tag falsch und sie ist heute falsch.

Markus Töns (SPD): Herr Minister, es ist schon ein bisschen abenteuerlich.

Aber vorweg: Für wüste Beschimpfungen oder Verunglimpfungen ist nur einer zuständig. Der trägt auch einen entsprechend lautenden Nachnamen. Er macht das ganz prickelnd, manchmal etwas übertrieben.

Sie sprachen von der Staatspreisverleihung. In diesem Zusammenhang will ich an die Reise des Hauptausschusses nach Brüssel im Sommer 2008 erinnern. Im Rahmen dieser Brüsselreise gab es unter anderem ein Gespräch mit dem Botschafter in Belgien. Der Botschafter berichtete, dass im Dezember sehr wahrscheinlich eine große Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Benelux-Staaten auf dem Petersberg stattfinden sollte. Als wir dann hier im Ausschuss mehrfach nachfragten, was das denn für eine Veranstaltung wäre, wurde daraus die Staatspreisverleihung.

Es ist keine Frage, dass diese drei hochrangig politisch Handelnden in Europa einen Preis verdient haben, aber es ist schon abenteuerlich, wie man das Ganze ansteuert. Mir kann keiner erzählen, der Botschafter hätte sich komplett getäuscht, sondern es war etwas anderes geplant, was man dann umgestrickt hat.

Und wenn man diese Staatspreisverleihung so hochschaukelt, wie Sie das tun - die Kosten haben sich verdoppelt, und dabei nehme ich nicht den Ansatz von 2005, sondern den von 2004 -, dann ist das schon abenteuerlich.

Die Kritik an der Petersberger Convention haben Sie eben erbärmlich genannt. - Wenn Sie schon von erbärmlich sprechen, dann nehmen wir jetzt mal den Begriff

ärmlich: Eine Veranstaltung, die 540.000 € gekostet hat, war mit Sicherheit keine ärmliche Veranstaltung. Die Campus-Veranstaltung mit 300 Jugendlichen, die Sie schön in den Kosten verstecken nach dem Motto: „Die war ja auch noch dabei.“, die hat nur 70.000 € gekostet. Diese Veranstaltung allerdings wollen Sie für das nächste Jahr abkoppeln.

Zieht man nun von dem Ansatz von 800.000 € 540.000 € ab, bleiben für die Zukunftskommission, wenn die sich auch noch hinter diesem Ansatz verborgen hat, nur noch 260.000 €.

Ich finde, das ist keine erbärmliche Kritik, sondern es ist berechtigte Kritik daran, dass Sie eine aufgeblasene Veranstaltung mit 1.000 Teilnehmern, die zum Teil auch auf dem Petersberg auf Kosten des Landes übernachten, durchführen, ohne dass dabei wirklich irgendein Profit für Land oder Landesregierung herausspringen würde; außer - und das gestehe ich Ihnen durchaus zu - dass das Image des Ministerpräsidenten aufpoliert wird. Aber das kann nun wirklich nicht im Sinne des Landesgesetzgebers sein. Ich sehe nicht ein, wieso wir das tolerieren sollten.

Ich gebe Ihnen zu bedenken, diese Veranstaltung in dieser Form nicht noch einmal durchzuführen. Und ich gebe Ihnen erhebliche Bedenken unsererseits daran mit auf den Weg, diese Veranstaltung in der Dreimonatsfrist durchzuführen. Sehen Sie zu, dass Sie sie schnellstmöglich absagen oder verlegen, denn das werden wir so nicht tolerieren.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Krautscheid, Ihre Aufregung in allen Ehren, aber Sie haben jetzt alles in einen Topf geworfen; ich weiß schon sehr genau, wann ich was wo gefragt habe. Und ich erinnere mich ziemlich genau, dass der Chef der Staatskanzlei hier zu den von mir schon damals vorgetragenen Äußerungen gesagt hat, dass er sich nicht erinnern könne und nichts gefunden habe, was das in der „Süddeutschen Zeitung“ geschilderte Ereignis belege.

Von daher möchte ich vom Chef der Staatskanzlei gerne wissen, ob er diese Einlassung angesichts der jetzt neu bekannt gewordenen Papiere und Unterlagen so aufrechterhält.

Wir haben uns – das möchte ich noch einmal ausdrücklich festhalten – zu den verschiedenen Veranstaltungen differenziert verhalten: Manches ist sinnvoll, manches ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll und überzogen. Das haben wir auch immer so deutlich gemacht; und so entscheiden wir zum Beispiel auch, ob wir an solchen Veranstaltungen teilnehmen oder nicht. Das gucken wir uns schon sehr genau an.

Ich kritisiere - und finde es im Grunde lächerlich -, dass Sie versuchen, den Eindruck aufrechtzuerhalten, dass es eine Imagekampagne für den Ministerpräsidenten, abgeleitetet aus verschiedenen Bausteinen, nicht gibt. - Das ist aber doch die Tatsache. Räumen Sie es doch einfach ein, und dann ist es gut. Das wäre das Einfachste. Ansonsten werden wir das Auftauchen neuer Punkte - die sich vielleicht interessanterweise in der einen Presseschau möglicherweise nicht finden - natürlich immer wieder, wenn es uns geboten erscheint, zum Anlass nehmen, nachzufragen und dafür zu sorgen, dass in der Öffentlichkeit weiter Thema ist, wie sich unser Ministerpräsi-

dent sehr komfortabel mit viel Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Szene setzt und versucht, daraus für sich Profit zu ziehen. Einfacher wäre, Sie würden es abräumen.

Lothar Hegemann (CDU): Wir können ja einmal die letzten 30 Jahre Revue passieren lassen, wer hier welche Konferenzen und Kampagnen veranstaltet hat. Ich denke zum Beispiel an Kohlekonferenzen der Landesregierung, die kein Gramm Kohle gesichert haben, zu denen der Herr Ministerpräsident aber mit dem Hubschrauber ins Berger Feld nach Gelsenkirchen - direkt neben dem Parkstadion gelegen - eingeflogen ist, Herr Töns. Ergebnis: Null. Ich denke an Hochschulkonferenzen im Ruhrgebiet, Ruhrgebietskonferenzen, Castrop-Rauxel und Folgekonferenzen: Da war jeder eingeladen, der nicht schnell genug auf dem Baum war.

Das waren Veranstaltungen, durch die sich Johannes Rau ein Image aufgebaut hat, ohne dass von Imagekampagne die Rede war. Der jetzige Ministerpräsident hat innerhalb von wenigen Jahren ein Image, und ich glaube nicht, dass er dafür eine Kampagne nötig hatte. Es mag Ihnen zwar nicht passen, dass er ein Image hat und ihn manche auch noch Arbeiterführer nennen - ob das zutreffend ist oder nicht, lasse ich mal außen vor. Wenn ein SPD-Mann Arbeiterführer genannt würde, dann würde man sagen: Ja gut, das ist einer, der hat die Zeichen der Zeit verstanden. - Da das Ihr Gebiet ist, passt es Ihnen aber nicht, wenn ein anderer so genannt wird und ein Image hat.

Sie können fragen, was und wie Sie wollen: Es gibt ein Image Rüttgers; aber ich bezweifle, dass das durch irgendein Papier entstanden ist.

Und mit Blick auf die Präsentation anderer Bundesländern freue ich mich, dass Nordrhein-Westfalen etwas mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist und nicht nur Bayern und Niedersachsen das Bild bestimmen.

Wenn Sie sich einmal anschauen - Sie reden ja immer davon, wir müssten uns entsprechend der Größe unseres Bundeslandes in Szene setzen -, was die neuen Bundesländer an Imagekampagnen - mit Solis, die wir mit Krediten finanzieren - durchführen, dann - muss ich sagen - hat dieses Land noch etwas Nachholbedarf.

Und wenn Sie behaupten, der Veranstaltungsort Petersberg wäre zu teuer, dann halte ich als Landesschatzmeister Ihnen entgegen: Da können wir gute Preise kriegen; gehen Sie mal hin. Wir waren im Übrigen auch schon vor der Landesregierung da; nicht dass Sie meinen, die Landesregierung zahlte für uns etwas mit.

Dass die Landespartei allerdings gute Dinge der Landespolitik mit begleitet, ist doch wohl klar. Sie glauben doch wohl nicht allen Ernstes, dass wir in unseren Publikationen Gutes über Frau Kraft schreiben; das machen Sie doch selber. Also, es gibt da sicherlich Gutes Berichtenswertes, aber es ist doch nun mal systemimmanent, dass das jeder für sich selber machen muss.

Sie können Sachen hochhalten, wie Sie wollen: Natürlich begleiten wir gute Landespolitik auch in den Organen der Landespartei. Das ist doch selbstverständlich.

(Carina Gödecke [SPD]: Sagt Herr Krautscheid nun auch etwas über die intellektuellen Fähigkeiten?)

Wolfram Kuschke (SPD): Die Frage nach der Flughöhe kann man relativ schnell beantworten: Sie war ganz niedrig über dem Boden, und die Maschine ist gerade zerschellt.

Herr Minister, Herr Hegemann, man kann darüber lachen, man kann darüber witzeln, aber das, was hier stattfindet, das ist aus dem Bereich des Parlaments, der der ernsthafteste ist, den wir überhaupt haben, nämlich aus dem Haushaltsrecht. Die Frage nach der Ausgestaltung von Haushalten bezieht sich ja nicht nur auf das Zahlengerüst, auf Kapitel, Titel und Untertitel, sondern ebenso auf politische Schwerpunkte, darauf, welche Arbeit mit den Mitteln finanziert werden soll. Und darüber streiten wir.

Und da stimmt dann Ihre intellektuelle Flughöhe nicht, wenn Sie in Zweifel ziehen, dass wir uns kritisch auseinandersetzen dürfen; ich habe Ihre Einlassungen insofern als hart am Rande empfunden.

Denn wenn wir beispielsweise über den Staatspreis und darüber diskutieren, wer ihn bekommt und in welchem Rahmen die Verleihung stattfindet, diskutieren wir doch nicht die dahinter stehende substanzielle Politik, nicht darüber, dass Nordrhein-Westfalen gute Kontakte zu den Benelux-Staaten hat, dass man Dinge nach vorne bringen muss, dass wir durchaus anerkennen, dass Sie das Eigentor, was die CDU-Fraktion geschossen hatte, als von ominösen Träumen nach gleichberechtigter Augenhöhe beim Benelux-Staatsvertrag die Rede war, wieder ausgleichen mussten. Das verkennen wir gar nicht.

Aber es muss doch wohl - gerade auch angesichts des Appells von Kollegen Witzel, man möge sich bescheiden - machbar und möglich sein -, dieselben Maßstäbe bei der Landesregierung anzulegen. Wissen Sie, da verzweifle ich allmählich: Sie machen hier einen Bescheidenheitsappell an den „eigenen Laden“ und sind nicht bereit, dasselbe bezüglich der Landesregierung, die Sie mit stellen und unterstützen, zu tun. Da wird es doch angesichts von Knappheit in vielen wichtigen entscheidenden Politikbereichen zulässig sein, im Einzelplan des Ministerpräsidenten über Größenordnungen zu reden, die außerordentlich sind. Das ist unser gutes Recht, und das lassen wir uns auch nicht nehmen.

Herr Kollege Hegemann, es geht doch nicht darum, dass eine Landesregierung und ein Ministerpräsident bestrebt sind, Image aufzubauen, und dass es natürlich auch zulässig ist, darüber nachzudenken, wie sozusagen eine Zweitverwertung von Veranstaltungen aussehen kann. Das ist nicht das Thema.

Aber: In „CDU NRW aktuell“ vom 9. März 2009 wird - völlig zulässig und auch in Ordnung - über die Petersberger Convention berichtet. Der letzte Satz lautet: „Der Kongress der Landesregierung ‚Petersberger Convention’ soll in den nächsten Jahren regelmäßig stattfinden.“ - Eine interessante Information! Diejenigen jedoch, die das Geld dafür zur Verfügung stellen müssen, hatten im März diesen Jahres null Ahnung davon, sondern reden jetzt erst, im November diesen Jahres, darüber, wie

denn der Haushalt 2010 gestrickt sein wird; und mit Ihren Stimmen, das heißt: mit den Stimmen der Mehrheit, wird gleich im weiteren Verfahren wohl die Fortsetzung der Petersberger Convention beschlossen werden.

Ich garantiere Ihnen - der Landesrechnungshof nimmt ja an unserer heutigen Sitzung teil - und gehe jede Wette mit Ihnen ein: Diese Veranstaltung Petersberger Convention, geplant für März 2010, wird im nächsten Prüfbericht des Landesrechnungshofs auftauchen; auftauchen müssen, weil sie, wenn sie in der geplanten Form und zum geplanten Zeitpunkt stattfindet, ein eklatanter Verstoß gegen alle Regeln ist, die wir uns selbst auferlegt haben, was Veranstaltungen in Wahlkampfzeiten anbelangt. Sie fände außerdem noch nicht einmal innerhalb der Dreimonatsfrist, sondern innerhalb von zwei Monaten vor der Wahl statt.

Von daher muss es zulässig sein, über diese Punkte zu diskutieren - und wann denn dann, wenn nicht im Zusammenhang mit dem Haushalt?

Lothar Hegemann (CDU): Was es mit der Dreimonatsregelung auf sich hat, das habe ich vormals mit Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen. Früher dachte ich, sie würde für alle Landeseinrichtungen gelten. Nachdem damals aber Herr Matthiesen die Umweltbehörden des Landes zu Wahlkampfzentralen der SPD umfunktioniert hatte, ist mir vom Ministerpräsidenten mitgeteilt worden: Nein, diese Dreimonatsfrist gilt nur für Justizbehörden und Polizei. Punkt aus.

Und da wollen Sie jetzt etwas einwenden, wenn irgendeiner im März des letzten Jahres sagt, die Veranstaltung solle fortgesetzt werden - da steht nicht, wird auf Biegen und Brechen fortgesetzt, sondern soll fortgesetzt werden -? Wann sollte sie denn stattfinden? Bis zum 1. Advent? Oder was wäre Ihrer Meinung nach der richtige Zeitpunkt? Wenn dies eine im März eines jeden Jahres stattfindende Dauereinrichtung wird, dann, glaube ich, kann auch keine Rücksicht darauf genommen werden, dass zwei Monate später Landtagswahl ist.

Also: Wenn dort Fanfarenchöre der Jungen Union aufträten und Huldigungslieder sängen, dann würde ich sagen: Sie haben recht.

Aber wenn dort eine Serie von Veranstaltungen stattfindet, bei der sich die einzelnen von der Art und Weise her, wie sie stattfinden, nicht unterscheiden, gilt keine Sechswochenfrist, keine Dreimonatsfrist oder wie auch immer. Ich sage Ihnen noch einmal: Auch ich musste das bitter zur Kenntnis nehmen. Ich verstehe Ihre Erregung, aber das ist Business as usual. Machen Sie weiter, aber irgendwann sollten Sie einmal zu etwas Substanziellem kommen.

Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid: Ich will genau das aufgreifen, was Herr Kuschke auch angesprochen hat; in der Theorie sind wir ja beieinander, in der Praxis habe ich heute einen Unterschied festgestellt.

Selbstverständlich, Herr Kuschke, ist es das vornehmste, wichtigste Recht des Parlaments, uns gegenüber festzustellen, was man für angemessen, nicht angemessen usw. hält.

Aber seien wir doch einmal ehrlich: Bei der Veranstaltung heute Morgen mit Sondereinladung an die Presse geht es um die Frage, welche Beweiskraft oder Aussagekraft ein Zettel aus dem Jahre 2005 hat. Das soll hier stattfinden. Ein Feuerwerk hat nicht stattgefunden, okay. Es war nur mehr ein Knallfrosch. Aber wollen wir mal nicht ganz scheinheilig werden. Das war der Hintergrund Ihrer Sondereinladung.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Was für eine Sondereinladung?)

- Fragen Sie mal Ihre Pressestelle, die darauf hingewiesen hat, was heute Morgen hier an Wichtigem stattfindet.

(Edgar Moron [SPD]: Die Pressestelle des Landtags?)

- Nein, die SPD-Pressestelle.

(Edgar Moron [SPD]: Sie meinen, die kommen nur unsertwegen?)

- Mit hohen Erwartungen, aber die werden nicht immer erfüllt; das ist klar.

Jetzt sind wir Gott sei Dank bei der Frage, was wie viel kosten darf und was angemessen ist.

Es ist von Anfang an klargemacht worden - es ist auch richtig, dass es heute Morgen diskutiert wird und nicht früher -, dass die Veranstaltungen der Zukunftskommission fortgesetzt werden sollen. Deswegen ist die eben von Ihnen, Herr Kuschke, aus dem Flugblatt zitierte Ansage völlig korrekt: Soll fortgesetzt werden. Das ist die Planung der Landesregierung. Das Parlament entscheidet, ob es dafür Geld zur Verfügung stellt, ja oder nein. Und deswegen ist das alles völlig in Ordnung, und so ist es auch von Anfang an angelegt gewesen: als Weiterführung der Veranstaltung.

Uns ist in der letzten Woche – fragen Sie Herrn Schmoldt, Herrn Großmann oder Herrn Hombach - dringend empfohlen worden, diese Reihe fortzusetzen.

Und nach meinem Eindruck - wir sind ja nicht ganz blöd und verzichten darauf, Verfassungsgerichtsurteile zu lesen – hält sich die Anlage dieser Veranstaltung auch sehr wohl genau in dem verfassungsrechtlich für die Vorwahlzeit vorgesehenen Rahmen. Wir werden uns penibel daran halten, weil wir natürlich genau wissen, dass das eine sensible Phase ist. Ich kann Ihnen aus eigener Aktivität und Konfrontation berichten, dass innerhalb der Staatskanzlei sehr darauf hingewiesen wird, bei Publikationen, Auftritten, Veranstaltungsplanung bereits deutlich vor der Landtagswahl diese Sensibilität an den Tag zu legen. Und das werden wir tun.

Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke: Herr Töns, gestatten Sie mir eine etwas persönliche Bemerkung. Man kann sich im Internet angucken, wer der Zukunftskommission angehört, welche Frauen und Männer Mitglied der Zukunftskommission unter Leitung des verstorbenen Lord Dahrendorf sind. Und ich finde es unpassend, wenn man diese Damen und Herren als PR-Instrumente des Ministerpräsidenten zu charakterisieren. Es wäre mir geradezu peinlich, wenn die Mitglieder der Kommission diese Passagen des Protokolls lesen würden. Schauen Sie es sich bitte noch einmal an. Ich glaube, diese Damen und Herren sind weit erhaben über den Verdacht, sich als PR-Instrument für solch eine Veranstaltung herzugeben.

Ferner haben Sie zu dem Thema Größenordnung gesprochen, Herr Töns, und die Ihres Erachtens völlig überzogenen Kosten moniert sowie kritisiert, mit welchen Anträgen auf Zurverfügungstellung von Mitteln die Landesregierung diesbezüglich auf dieses Hohe Haus zukäme.

Richtig ist, dass es schwer ist, bei verschiedenen Formaten Aussagen zur Angemessenheit zu machen. Allerdings kann man einiges dazu, vor allem zu den Größenordnungen, der Beantwortung der Großen Anfragen 29 und insbesondere 30 entnehmen. - Möglicherweise sind Sie damit am Dienstag nicht ganz klar gekommen, denn die dpa-Meldung besagte ja, dass Sie Belege schuldig geblieben seien.

Da hat es den - ebenfalls sehr respektierlichen - Zukunftsrat im Zusammenhang der Agenda 21 mit einer Bilanz- und Perspektivkonferenz im November 2003 gegeben. Aus der Beantwortung der Großen Anfrage 30 aus diesem Jahr geht hervor, dass sich die Kosten für diese Bilanz- und Perspektivkonferenz im November 2003 auf 538.000 € belaufen haben. Ich habe das vorher nicht verglichen, aber ich finde das, wenn man nach Größenordnungen fragt, Herr Töns, schon interessant.

Sie ersehen aus meinem Bericht an den Ausschuss zu den noch offenen Fragen, dass für die Arbeitssitzungen der Zukunftskommission Kosten von insgesamt 53.010 € angefallen sind; beim Zukunftsrat waren es 67.000 €. Bei „Kommunikation der Zukunftskommission“ weisen wir 76.700 € aus, beim Zukunftsrat wurden 142.000 € ausgewiesen.

Es liegt mir völlig fern, den Zukunftsrat zu diskreditieren - insbesondere deshalb, weil wir einige seiner Empfehlungen nachgehalten haben. Nachhaltigkeit ist bei uns ein Thema, Dauerhaftigkeit bei der Zukunftskommission. Wir haben etliche Vorschläge des Zukunftsrates, Vorschläge aus Kreisen der Wirtschaft und aus Kreisen der Wissenschaft, die unseres Erachtens richtig waren, die Sie aber in der verbliebenen Zeit nicht mehr realisieren konnten, umgesetzt. Wir legen also schon Wert darauf, dass Berichte derartig hochkarätiger Kommissionen nicht abgeheftet und abgelegt, sondern nachgehalten werden.

Und wir haben in der Tat vor, einen langfristigen Prozess daraus zu machen. Man müsste sich mental darauf einrichten, dass das jährlich bis 2025 stattfindet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ich hatte Herrn Beneke jetzt zweimal hinsichtlich der Ausführungen zur Aussage von Herrn Berger, nicht er lüge, sondern der Ministerpräsident lüge, gefragt und möchte von Ihnen präzise wissen, Herr Beneke, ob Sie die Hand dafür ins Feuer legen, dass sich die so beschriebene Situation nicht ereignet hat.

Markus Töns (SPD): Ich will es kurz machen und auch zum letzten Mal, ähnlich wie Herr Hegemann, der ja unter Verdrängungsproblemen zu leiden scheint.

(Lothar Hegemann [CDU]: Nur, wenn ich ins Wasser springe!)

- Das auch!

(Allgemeine Heiterkeit - Wolfram Kuschke [SPD]: Das Wasser leidet dann, Herr Kollege, nicht Sie!)

- Also, da muss ich meinem Kollegen recht geben: Da liegt das Problem natürlich eher aufseiten des Wassers als auf Ihrer.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Pressevertreter nur in Erwartung des geistigen Tiefflugs - vielleicht auch der Landesregierung - hier auftauchen, auch nicht auf Einladung der SPD, sondern weil wir hier ein spannendes Thema diskutieren.

Sie haben zu Recht festgestellt, Herr Minister, dass die Zeit anderthalb Monate vor der Wahl eine sensible Phase ist.

Es ist ja nicht so, als hätten sich die Mitglieder der Zukunftskommission - und da will ich niemanden, der dieser Kommission angehört hat, diskreditieren - als Claqueure für eine PR-Veranstaltung hergegeben. Vielleicht sind Sie aber dazu ausgenutzt worden. Ich finde das schon abenteuerlich.

Sie haben gesagt, sensible Phase, haben sich dazu aber weiter nicht geäußert. Die Petersberger Convention hat in diesem Jahr erstmalig stattgefunden. Sie machen jetzt eine Serie daraus und wollen die nächste Veranstaltung anderthalb Monate vor der Wahl durchführen. Nichts von dem aber, was Sie mit dieser Veranstaltung angeblich erreichen wollen, nämlich Sachverstand, externen Sachverstand einzufahren, brauchen Sie vor der Landtagswahl. Und ich sage Ihnen: Nach der Landtagswahl werden Sie das auch nicht brauchen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Wie locker das von den Lippen kommt!)

- Das kommt noch lockerer von den Lippen, Herr Hegemann. - Und wenn das so ist, empfehle ich Ihnen: Machen Sie es, aber planen Sie es für nach der Landtagswahl. Wir werden sehen, wer dann die Veranstaltung durchführt. Sie können uns dann ja kritisieren, wenn sie von uns in diesem Rahmen durchgeführt wird. - Das ist schon eine interessante Geschichte.

Und noch etwas, weil Sie gerade darauf hingewiesen haben, die Vorwürfe, beispielsweise hinsichtlich einer Imagekampagne, wären alle falsch: Ich habe kein Dementi gesehen und gelesen und auch heute nicht gehört, dass die in den Raum gestellte Summe von über 10 Millionen € in vier Jahren, die ich in der Pressekonferenz genannt habe und die auch in den Artikeln erwähnt worden ist, falsch sei. Die können Sie nicht belegen; das ist genau Ihr Problem, und deshalb sind Sie auch nervös.

Ich halte daran fest: Es gibt eine Imagekampagne, und ich zähle auch die Petersberger Convention dazu, und ich empfehle Ihnen, die auf keinen Fall vor der Wahl stattfinden zu lasen.

Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke: Frau Löhrmann, ich bitte um Verzeihung: In der Tat hatte ich mich in den Zahlenwerken der Großen Anfragen und ihrer Beantwortung verloren.

Nach Auskunft der von mir befragten Zeugen hat es diese Aussage so, wie es in der „Süddeutschen Zeitung“ berichtet wurde, nie gegeben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wenn nicht so, wie denn dann? Schildern Sie uns, wie es war!)

- Ich habe nach dieser Aussage gefragt, ob die so gefallen ist, und die Antwort ist nein. Und das ist meine Antwort hier. Wenn ich mich im Hauptausschuss noch zurückhaltender geäußert habe als der Minister in der Fragestunde, dann liegt das an der dazwischen liegenden Zeit, in der wir natürlich auch dieser Fragestellung nachgegangen sind. Das, was der Minister in der Fragestunde gesagt hat, entspricht meinem Kenntnisstand voll und ganz.

Einzelabstimmung über die Änderungsanträge (Anlage 3)

zur lfd. Nr. 1 (Personalhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 2 (Personalhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 1 (Sachhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 2 (Sachhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 3 (Sachhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 4 (Sachhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 5 (Sachhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 6 (Sachhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 7 (Sachhaushalt)

Seine Fraktion hat, so **Wolfram Kuschke (SPD),** den von der Landesregierung vorgelegten Bericht über den Stand der internationalen Zusammenarbeit begrüßt und den Minister dahin verstanden, damit eine Tradition begründen zu wollen. Der Bericht könnte jeweils Gelegenheit bieten, Haushaltsklarheit zu erlangen und gegebenenfalls im Rahmen des Haushaltsvollzugs noch einmal über Schwerpunktsetzung nachzudenken.

Der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid,** bezeichnet die Berichtspflicht über die Prioritätensetzung als Selbstverständlichkeit, der er auch, wie er meine, umfangreich nachkomme. Er halte allerdings nichts davon, mittels eines Haushaltsvermerks länderscharfe Planungsziffern auszuweisen, die die Höhe der für ein bestimmtes Land zur Verausgabung zur Verfügung stehenden Mittel angäben, denn es bedürfe auch unterjährig einer gewissen Flexibilität.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 8 (Sachhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 9 (Sachhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

zur lfd. Nr. 10 (Sachhaushalt)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

Gesamtabstimmung über den Einzelplan 02

Der Einzelplan 02 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen angenommen.

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Medienservice

heute in der Presse 135 3

Poliert Rüttgers sein Image auf Staatskosten?

Die SPD sieht das so. Und legt Beispiele vor. Danach halten auch die Kassen von Ministerien für die **Vermarktung des Landesvaters** her.

VON JOHANNES NITSCHMANN

Düsseldorf. Immer wieder hat NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers vor dem Landtag beteuert, seine Regierungszentrale führe für ihn keine „Image-Kampagne". Die Opposition nimmt das dem 58-jährigen CDU-Politiker nicht ab. Der SPD-Landtagsabgeordnete Markus Töns listete gestern eine Reihe von Vorgängen auf, die nach seiner Einschätzung darauf hindeuten, dass in der Staatskanzlei millionenschwere PR für den CDU-Regierungschef gemacht wird – mit Blick auf die NRW-Landtagswahl im Mai 2010.

Nach Schätzungen von Töns hat die Landesregierung in den vergangenen vier Jahren „einen zweistelligen Millionenbetrag" ausgegeben, um Rüttgers zu vermarkten. Diese „Image-Kampagne" werde zum Teil verdeckt aus den Finanztöpfen von Ministerien geführt. Als Beispiel nannte Töns das im Oktober 2007 veranstaltete „Kinderforum", bei dem die Kids Fragen an Rüttgers richteten, die in seiner Staatskanzlei vorformuliert worden waren. Diese Veranstaltung sei aus den Etats des Schul- und Generationenministeriums finanziert worden.

Bestandteil der Kampagne sind laut SPD auch sündhaft teure Kongresse und Beratergremien. Alleine für die „Petersberger Convention", einen Kongress über Zukunftsfragen im März, hat die Landesregierung laut Töns 540 000 Euro ausgegeben. Der Kongress sei anschließend von der NRW-CDU medial vermarktet und Rüttgers in parteieigenen Publikationen als Regierungschef „im Innovationsland Nummer eins" präsentiert worden. Kurz vor der Landtagswahl im März 2010 sei eine Neuauflage der „Petersberger Convention" geplant. Auch die von Rüttgers berufene „Zukunftskommission" aus Wissenschaftlern und Medienmachern ist nach Auffassung der SPD nur ein PR-Instrument des Ministerpräsidenten, das alleine im laufenden Jahr 339 000 Euro verschlungen hat.

Zudem seien die Kosten für Ordens- und Staatspreisverleihungen exorbitant angestiegen. Während unter Rot-Grün dafür 36 000 Euro ausgegeben wurden, zelebrierte die Regierung Rüttgers diese Feierlichkeiten 2007 für 117 000 Euro.

Ein Dementi und eine **Rüttgers-Notiz**

Die Staatskanzlei wies die SPD-Vorwürfe zurück. Die jährlichen Repräsentationskosten lägen stabil bei 1,5 Millionen Euro und dienten „der Landesidentität". Eine „Image-Kampagne" für den Ministerpräsidenten habe es nie gegeben, versicherte ein Sprecher.

Den „Nachrichten" liegt jedoch die Ablichtung einer handschriftlichen Rüttgers-Notiz über seine Regierungsplanung für die ersten sieben Monate nach seiner Amtsübernahme in der Düsseldorfer Staatskanzlei vor. Dort notiert der Ministerpräsident in dem Zeitraum Dezember 2005/Januar 2006 in kleiner krakeliger Schrift: „Image-Kampagne". (jon)

Aachener Nachrichten S. 4 11.11.2009

SPD wirft Landesregierung Verschwendung vor

LANDTAG Opposition beanstandet Image-Kampagne für Jürgen Rüttgers aus Steuern

Düsseldorf. Die SPD-Opposition im Landtag wirft der Landesregierung vor, mit Steuergeld letztlich eine Imagekampagne für Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) zu finanzieren. Markus Töns, Berichterstatter der SPD im Finanzausschuss, nannte beispielhaft die künftig alljährlich stattfindende „Petersberger Convention". Dieser internationale Kongress soll über die Lebensbedingungen künftiger Generationen im europäischen Maßstab diskutieren. Im vergangenen März nahmen 1000 Gäste an der Veranstaltung teil. Kosten: 536 234 Euro. Töns bemängelt, dass die Landes-CDU mit diesem Kongress in ihrem Info-Dienst geworben habe. Für das kommende Jahr seien wiederum 800 000 Euro für den Kongress eingeplant. Dieser dürfe keinesfalls vor der Landtagswahl stattfinden, sagte Töns. Ferner sei der Betrag zu reduzieren.

In den vergangenen vier Jahren habe die Regierung Rüttgers rund zehn Millionen Euro für „Repräsentation" ausgegeben. Auffallend sei auch, dass die Ausgaben für Landesorden und Staatspreise stark angestiegen seien. Die Landesregierung wies die Vorwürfe zurück. Eine angemessene Repräsentation gehöre zum staatlichen Handeln. *(tu.)*

Kölner Stadt-Anzeiger S. 8 11.11.2009

© PMG Presse-Monitor GmbH

Quelle Aachener Nachrichten vom 11.11.2009
Seite 4
Ausgabe Aachener Nachrichten Gesamtausgabe
Ressort Politik
Autor Von Johannes Nitschmann

Aachener Nachrichten

Poliert Rüttgers sein Image auf Staatskosten?

Die SPD sieht das so. Und legt Beispiele vor. Danach halten auch die Kassen von Ministerien für die Vermarktung des Landesvaters her.

Düsseldorf. Immer wieder hat NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers vor dem Landtag beteuert, seine Regierungszentrale führe für ihn keine „Image-Kampagne". Die Opposition nimmt das dem 58-jährigen CDU-Politiker nicht ab. Der SPD-Landtagsabgeordnete Markus Töns listete gestern eine Reihe von Vorgängen auf, die nach seiner Einschätzung darauf hindeuten, dass in der Staatskanzlei millionenschwere PR für den CDU-Regierungschef gemacht wird - mit Blick auf die NRW-Landtagswahl im Mai 2010.

Nach Schätzungen von Töns hat die Landesregierung in den vergangenen vier Jahren „einen zweistelligen Millionenbetrag" ausgegeben, um Rüttgers zu vermarkten. Diese „Image-Kampagne" werde zum Teil verdeckt aus den Finanztöpfen von Ministerien geführt. Als Beispiel nannte Töns das im Oktober 2007 veranstaltete „Kinderforum", bei dem die Kids Fragen an Rüttgers richteten, die in seiner Staatskanzlei vorformuliert worden waren. Diese Veranstaltung sei aus den Etats des Schul- und Generationenministeriums finanziert worden.

Bestandteil der Kampagne sind laut SPD auch sündhaft teure Kongresse und Beratergremien. Alleine für die „Petersberger Convention", einen Kongress über Zukunftsfragen im März, hat die Landesregierung laut Töns 540 000 Euro ausgegeben. Der Kongress sei anschließend von der NRW-CDU medial vermarktet und Rüttgers in parteieigenen Publikationen als Regierungschef „im Innovationsland Nummer eins" präsentiert worden. Kurz vor der Landtagswahl im März 2010 sei eine Neuauflage der „Petersberger Convention" geplant. Auch die von Rüttgers berufene „Zukunftskommission" aus Wissenschaftlern und Medienmachern ist nach Auffassung der SPD nur ein PR-Instrument des Ministerpräsidenten, das alleine im laufenden Jahr 339 000 Euro verschlungen hat.

Zudem seien die Kosten für Ordens- und Staatspreisverleihungen exorbitant angestiegen. Während unter Rot-Grün dafür 36 000 Euro ausgegeben wurden, zelebrierte die Regierung Rüttgers diese Feierlichkeiten 2007 für 117 000 Euro.

© PMG Presse-Monitor GmbH

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2010

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD	**Kapitel 02 010** **Ministerpräsident** **Titelgruppe 60** **Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen** **Titel 427 60** **Kosten für Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte** Reduzierung des Ansatzes **2010** **Ansatz lt. HH 2009** von 320.000 Euro 320.000 Euro um 270.400 Euro auf 49.600 Euro **<u>Begründung</u>:** Die Reduzierung auf das Niveau des Haushaltsjahres 2005 dient der allgemeinen Deckung.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs-ergebnis
2	GRÜNE	**Kapitel 02 010** **Ministerpräsident** **Titel 427 60** **Ausgaben für Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte** Reduzierung des Ansatzes/der VE **2010** **Ansatz lt. HH 2009** von 320 000 Euro 320 000 Euro um 232 000 Euro auf 88 000 Euro **<u>Begründung</u>:** Reduzierung auf den in 2008 tatsächlich benötigten Betrag	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2010

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD	**Kapitel 02 010** **Ministerpräsident** **Titelgruppe 60** **Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen** **Titel 526 60** **Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge** Reduzierung des Ansatzes **2010** **Ansatz lt. HH 2009** von 325.000 Euro 900.000 Euro um 278.500 Euro auf 46.500 Euro **<u>Begründung</u>:** Die Reduzierung auf das Niveau des Haushaltsjahres 2005 dient der allgemeinen Deckung.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	GRÜNE	**Kapitel 02 010 Ministerpräsident** **Titel 529 10 Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für allgemeine Zwecke** Reduzierung des Ansatzes/der VE **2010** **Ansatz lt. HH 2009** von 155 900 Euro 155 900 Euro um 65 600 Euro auf 90 300 Euro **<u>Begründung</u>:** Sparbeitrag des Ministerpräsidenten	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	GRÜNE	**Kapitel 02 010** **Ministerpräsident** **Titel 531 10** **Für Aufgaben der Presseinformation und der Öffentlichkeitsarbeit** Reduzierung des Ansatzes/der VE **2010** **Ansatz lt. HH 2009** von 1 500 000 Euro 1 500 000 Euro um 490 000 Euro auf 1 010 000 Euro **<u>Begründung</u>:** Sparbeitrag des Ministerpräsidenten	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs-ergebnis
4	GRÜNE	**Kapitel 02 010** **Ministerpräsident** **Titel 541 10** **Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung** Reduzierung des Ansatzes/der VE **2010** **Ansatz lt. HH 2009** von 1 500 000 Euro 1 500 000 Euro um 490 000 Euro auf 1 010 000 Euro **<u>Begründung</u>:** Sparbeitrag des Ministerpräsidenten	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD	**Kapitel 02 010** **Ministerpräsident** **Titelgruppe 60** **Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen** **Titel 541 60** **Fachkongresse und Symposien** Reduzierung des Ansatzes **2010** **Ansatz lt. HH 2009** 800.000 Euro 800.000 Euro von 774.500 Euro um 25.500 Euro auf **<u>Begründung</u>:** Aus diesem Titel sollen die Kosten des "Zukunftskongresses" auf dem Petersberg beglichen werden. Diese Veranstaltung, die in der Konzeption, dem Ort und der medialen Verwertung nicht der Entwicklung von Perspektiven für das Land, sondern ausschließlich der Imagepflege des Ministerpräsidenten und seiner Partei. Zudem waren die Kosten von 536.234 € für die Veranstaltung am 5/6 März 2009 bereits unverhältnismäßig hoch und eine Terminierung innerhalb des Vierteljahrs vor der Landtagswahl wahrscheinlich. Die Reduzierung auf das Niveau des Haushaltsjahres 2005 dient der allgemeinen Deckung.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	GRÜNE	**Kapitel 02 010** **Ministerpräsident** **Titel 541 60** **Fachkongresse und Symposien** Reduzierung des Ansatzes/der VE **2010** **Ansatz lt. HH 2009** von 800 000 Euro 800 000 Euro um 564 000 Euro auf 236 000 Euro **<u>Begründung</u>:** Reduzierung auf den in 2008 tatsächlich benötigten Betrag	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD	**Kapitel 02 030 Europa- und internationale Angelegenheiten** **Titel 534 10 Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes** Einfügung eines Haushaltsvermerks: Die Landesregierung veröffentlicht zu Beginn jeden Jahres transparent in einem Bericht über den Stand der internationalen Zusammenarbeit. In diesem Bericht soll unter anderem transparent aufgeführt werden, in welcher Höhe jeweils Mittel aus diesem Titel für das jeweilige Partnerland bzw. Partnerregion im abgelaufenen Haushaltsjahr eingesetzt worden sind und welche Ausgaben für das kommende Haushaltsjahr geplant sind.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD	**Kapitel 02 200** **Medien- und Telekommunikation** **Titel 526 11** **Cluster-Management in den Bereichen NRW.Informations- und Kommunikationstechnologie und NRW.Medien** Reduzierung des Ansatzes **2010** **Ansatz lt. HH 2009** von 440 000 Euro 300.000 Euro um 140 000 Euro auf 300 000 Euro **<u>Begründung</u>:** Im Zuge der Prioritätensetzung für die Förderung der Medienpolitik werden die Zuweisungen für die Cluster-Politik auf den bisherigen Stand des Haushalts 2009 gekürzt.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag Der Ansatz der Titelgruppe 60 (Aus- und Fortbildung m Medienbereich, Medienkompetenz) wird um 440.000 Euro erhöht.	Abstimmungsergebnis
9	SPD	**Kapitel 02 200** **Titel 526 60** Erhöhung des Ansatzes **2010** / **Ansatz lt. HH 2009** von 1.000.000 Euro / 1.100.000 Euro um 440.000 Euro auf 1.440.000 Euro **Begründung:** Der Medienkompetenzförderung kommt für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Partizipation eine Schlüsselrolle zu. Daher wird dieser Ansatz erhöht.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 14/2963

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag-steller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs-ergebnis
10	SPD	**Kapitel 02 200** **Medien und Telekommunikation** **Titel 683 00** **Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen** Reduzierung des Ansatzes **2010** **Ansatz lt. HH 2009** von 1.300.000 Euro 1.000.000 Euro um 300.000 Euro auf 1.000.000 Euro **Begründung:** Im Zuge der Prioritätensetzung für die Förderung der Medienpolitik werden die Zuweisungen für die Cluster-Politik auf den bisherigen Stand des Haushalts 2009 gekürzt.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja